

Die Eintragungszeit beginnt ab sofort, alle Infos unter www.sozialstaat.at Volksbegehren »Sozialstaat Österreich«

Dringende Empfehlung: Mit einem amtlichen Lichtbildausweis ins Gemeindeamt gehen und das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ unterstützen! Bis 30. November 2001 ist noch Gelegenheit dazu.

Die Feststellung, dass Österreich ein Sozialstaat ist, fehlt in der Verfassung. Das wollen die InitiatorInnen des Volksbegehrens, darunter die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal, die evangelische Superintendentin Gertraud Knoll, der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister und der Arzt und Publizist Werner Vogt ändern.

In der Präambel des Volksbegehrens heißt es unter anderem:

„Unter dem Vorwand wirtschaftlicher Zwänge läuft in Europa seit Jahren eine Offensive zur Schwächung des Sozialstaates. Politik kürzt Leistungen, schwächt Institutionen und untergräbt den Grundsatz der Solidarität. Propagiert wird die Eigenvorsorge im Fall von Krankheit, Unfall,

Arbeitslosigkeit oder Alter. Verbesserungen im Bildungswesen, in der Jugendwohlfahrt, bei der Kinderbetreuung und bei sozialen Diensten für Pflegebedürftige werden zugunsten privater Marktlösungen vernachlässigt. Armutsbekämpfung bleibt ein Lippenbekenntnis. In Österreich wird zur Zeit diese Politik gegen den Sozialstaat systematisch verschärft: Sie schwächt gezielt seine vier Hauptsäulen, die Kranken- und Unfallversicherung, die Altersvorsorge, die Arbeitslosenversicherung und das Öffentliche Bildungswesen. Gleichzeitig verstärkt sie ihren Einfluss auf die Sozialversicherung und schaltet die Selbstverwaltung weitgehend aus. Unter der Devise 'Sozialstaat schlank' wird die Spaltung der Gesellschaft vertieft, Ausgrenzung und Verarmung werden gefördert.“

Der eigentliche Text des Volksbegehrens lautet:

Die Unterzeichner begehren folgende Ergänzung der Österreichischen Bundesverfassung:

Dem Artikel 1 ('Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.') wird ein Absatz 2 angefügt. Dieser lautet:

„Österreich ist ein Sozialstaat. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen als eigenständige Ziele. Vor Beschluss eines Gesetzes wird geprüft, wie sich dieses auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (Sozialverträglichkeitsprüfung). Die Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erfolgt solidarisch durch öffentlich-rechtliche, soziale Sicherungssysteme. Die Finanzierung der Staatsausgaben orientiert sich am Grundsatz, dass die in Österreich lebenden Menschen einen, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angemessenen, Beitrag leisten.“ □

PRESSEMITTEILUNGEN zum Privilegienskandal der obersten Postgewerkschafter des gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) Steiermark und der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE/UG)

Postskandal spielt Konzernherren in die Hände!

Der Privilegienskandal der obersten Postgewerkschafter bringt einen immensen Schaden für die Gewerkschaftsbewegung in Österreich und arbeitet den Konzernherren in die Hände, die in den Zeiten der Globalisierung den arbeitenden Menschen einreden wollen, dass die Unternehmer alles selbst erledigen und eine unabhängige Vertretung der Arbeiter und Angestellten überflüssig wäre.“ Das erklärte der steirische AK-Rat Peter Scherz am Donnerstag. Peter Scherz: „Der Linksblock ist seit jeher gegen ungerechtfertigte Privilegien aufgetreten. Schon beim Fall Rechberger haben wir eine Offenlegung aller Einkünfte der Funktionäre in AK und Gewerkschaft verlangt. Der Skandal um Spitzenfunktionäre der Arbeiterbewegung bestätigt nur unsere Haltung, dass reiner Tisch gemacht werden muss. Wir Arbeiter wissen, dass die Konzerne Milliardenprofite machen und dass die Spitzenmanager der

Unternehmen Millionen kassieren. Arbeitervertreter dürfen sich aber nicht wie Manager aufführen. Sie müssen mit der Basis verbunden bleiben. Wenn der ÖGB jetzt nicht reinen Tisch macht, dann nützt das nur der Regierung und den Unternehmern.“

Donnerstag, 23. August 2001

AUGE: Der wahre Skandal: Massiver Arbeitsplatzverlust

Utl.: Napravnik: „Die Kritik am ÖGB muss woanders ansetzen“

Ursula Napravnik (AUGE/UG, Wien), Vorstandsmitglied der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen kritisiert das Verhalten der FPÖ gegenüber dem ÖGB: „Die selbsternannte Partei des kleinen Mannes kämpft, seit sie in der Regierung ist geradezu fanatisch gegen die Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen. Offensichtlich gibt der Club der Freunde



von Herrn Prinzhorn den Ton in der FPÖ an. Die ArbeiternehmerInnen der Post und Telekom trifft nicht das Einkommen ihrer Gewerkschaftsfunktionäre, sondern der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Statt die Gewerkschaft wegen ihrer Bezüge zu kritisieren, sollte die FPÖ die Passivität der GewerkschaftsvertreterInnen gegenüber der Schließung von zig Postämtern zum Skandal machen. Als AUGE/UG-Telekomsprecherin habe ich schon mehrmals auf diverse Missstände bei der Post und Telekomgewerkschaft hingewiesen. Aber Prinzhorn und Co müssen ja froh sein, dass der ÖGB keine Muskeln hat, sonst müssten wir in Zeiten wie diesen längst einen Generalstreik haben.“ □